

TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDES FÜR DAS JAHR 2012



BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER PSYCHOSOZIALEN ZENTREN FÜR FLÜCHTLINGE UND FOLTEROPFER, BAFF E.V.

VORSTAND

ELISE BITTENBINDER

VORSTANDSVORSITZENDE

HEINZ-JOCHEN ZENKER

STELLV. VORSTANDSVORSITZENDER

ANNI KAMMERLANDER

SCHATZMEISTERIN

ANDREA AHRNDT

BEISITZ

BARBARA FREITAG

BEISITZ

RENA MANIRY

BEISITZ

BARBARA WOLFF

BEISITZ

MITARBEITERINNEN

SILVIA SCHRIEFERS

PROJEKTLEITUNG

ANNETTE KIESER

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN

JENNY BARON

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN

ESTHER KLEEFELDT

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN

ESTHER EIMERL

BUCHHALTUNG

Vielen Dank an:

ANNETTE WINDGASSE

ADMINISTRATION BAFF - FORUM

UNSERE PRAKTIKANTINNEN

ANITA MOHRMANN, DUNJA SALLAN, SENTA EBINGER



BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER PSYCHOSOZIALEN ZENTREN FÜR FLÜCHTLINGE UND FOLTEROPFER (BAFF) E.V.

Innerhalb der gesundheitspolitischen Strategien sowohl der Weltgesundheitsorganisation als auch der Europäischen Union zeichnet sich derzeit die Entwicklung eines Diskurses ab, der im Zusammenhang mit dem Schutz und der Förderung von Gesundheit immer mehr auch den Abbau von Ungleichheiten im Zugang zum Gesundheitswesen im Sinne der Umsetzung von „Gesundheit als fundamentalem Menschenrecht“ fokussiert. Flüchtlinge und Asylsuchende konnten in Deutschland jedoch auch im Jahr 2012 lediglich notfallmedizinische Versorgungsleistungen in Anspruch nehmen - die psychosoziale Versorgung dieser besonders schutzbedürftigen Personengruppe weist nach wie vor gravierende Defizite auf: die von traumatisierten Flüchtlingen gestellten Anträge auf Beratung und Behandlung übersteigen die Kapazitäten der Psychosozialen Zentren um ein Vielfaches, Möglichkeiten gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe als entscheidende Determinanten körperlicher und seelischer Gesundheit werden bis heute stark eingeschränkt und in vielen Regionen Deutschlands ist nach den Unruhen in Nordafrika wieder verstärkt eine „verbale Aufrüstung“ gegen Flüchtlinge zu spüren.

Obgleich sich 2012 in diesem Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz sowie den Direktiven zur Übernahme von Dolmetscherkosten in einzelnen Bundesländern durchaus Teilerfolge erzielen ließen, ist der Umgang der öffentlichen Gesundheitsversorgung mit der Versorgungslücke noch immer von Hilflosigkeit und Verschiebestrategien zwischen den verschiedenen Kosten- und Leistungsträgern geprägt. Die Aktivitäten der BAFF konzentrierten sich vor diesem Hintergrund weiterhin auf den Abbau struktureller Barrieren durch den Dialog mit sowie die Information von Leistungs- und EntscheidungsträgerInnen des Gesundheits- und Sozialwesens ebenso wie auf die Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit für den Hilfsbedarf und das Versorgungsdefizit von Flüchtlingen und Überlebenden schwerer Menschenrechtsverletzungen.

Auch wenn die Thematik in der politischen Debatte nach wie vor nur marginal präsent ist, gelang es uns in diesem Jahr u.a. durch ein Arbeitstreffen mit Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit sowie der Kontaktaufnahme zum Patientenbeauftragten der Bundesregierung, eine tragfähige Grundlage für die Entwicklung von Strategien zu schaffen, mit denen sowohl die (Fach-) Öffentlichkeit als auch die Politik nachhaltig zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die in Deutschland Schutz suchenden Flüchtlinge aufgefordert und zur Realisierung angemessener Lebensbedingungen und solidarisch finanzierter, statusunabhängiger Gesundheitsdienste verpflichtet werden können.

A. Organisatorisches

Treffen zur Projektkoordination und Evaluation:

Mitglieder des Vorstands trafen sich im Jahr 2012 vier Mal zu Vorstands- bzw. Koordinationstreffen:

- 06.02.2013 in Berlin
- 14.05.2012 in Berlin
- 02.07.2012 in Frankfurt a.M.
- 21.09.2012 (Telefonkonferenz)
- Im Vorfeld der BAfF-Tagung 2012 in Berlin

Die Mitgliederversammlung findet am 28.10.2012 im Rahmen der BAfF-Fachtagung in Berlin statt.

B. Aktivitäten der BAfF

Bericht über die Arbeit der BAfF im Jahr 2012:

1. Vernetzung, Qualifizierung und fachlicher Austausch
2. Sicherung der Gesundheitsversorgung für besonders vulnerable Flüchtlinge – begleitende Kampagne „*beHandeln statt verwalten!*“
3. Strukturverbesserungen der gesundheitlichen Versorgung in den neuen Bundesländern
4. Optimierung der Datenlage zur Versorgungssituation: Qualifizierte Leistungsabfrage
5. Dialog mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes „*Training und Coaching für Entscheidungsträger im Asylprozess*“
6. „EXSEM“: Begleitete Selbstevaluation der psychosozialen Arbeit der Zentren
7. Filmprojekt „*Unsichtbare Grenzen – In Szene gesetzt*“
8. Bundesfachtagung der BAfF 2012
9. Europäische Vernetzung und Austausch
10. Sicherung der BAfF als Dachverband
11. Internetpräsenz
12. Publikationen
13. Arbeitstreffen und Termine
14. Lobby- und Repräsentationsarbeit im Rahmen von

1. Vernetzung, Qualifizierung und fachlicher Austausch

Durch unsere Projekte und Aktivitäten als Dachverband bündeln wir die Kräfte der Behandlungszentren. Wir stellen ein bundesweites Netzwerk von ExpertInnen in der Behandlung und Betreuung von Opfern von Folter und anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen bereit, initiieren und fördern den fachlichen Austausch unter den Behandlungszentren, entwickeln Qualitätsstandards für angemessene Behandlungen und sensibilisieren neben der öffentlichen die professionelle Wahrnehmung für die Folgen von organisierter Gewalt, Kriegserleben, Flucht und Leben im Exil.

Damit erweitern wir die Handlungsfähigkeit der AkteurInnen, die mit traumatisierten Flüchtlingen arbeiten bzw. im Feld der Menschenrechtsarbeit tätig sind. Zugleich vertreten wir im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation wie auch der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen gemeinsame Anliegen gegenüber der Öffentlichkeit sowie relevanten Leistungs- und EntscheidungsträgerInnen.

Im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten suchten wir innerhalb des Projektzeitraumes stets den Austausch mit unseren Mitgliedseinrichtungen sowie mit weiteren Organisationen und EinzelakteurInnen aus dem Bereich der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit. Zudem organisierten wir ExpertInnengremien, Konzeptgruppen und Arbeitstreffen sowie die jährliche BAfF-Tagung. In unserem Newsletter, auf unseren Homepages und im BAfF-Forum informierten wir weiterhin regelmäßig über aktuelle Entwicklungen sowohl in Behandlung und Therapie als auch in der Flüchtlings-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Darüber hinaus ist die BAfF in mehreren Arbeitskreisen und Fachgremien vernetzt und führen die Arbeit im Arbeitskreis amnesty international -AK Heilberufe, im Forum Menschenrechte besonders der AG Lobbyarbeit zur Innenpolitik, dem Arbeitskreis Flüchtlinge in der IPPNW fort und unterhielten enge Kontakte zu den einzelnen Wohlfahrtsverbänden.

Auf europäischer Ebene stand die BAfF durch ihren Vorsitz beim European Network of Rehabilitation Centres for Survivors of Torture in engem Kontakt mit den europäischen Behandlungseinrichtungen für Flüchtlinge und Folteropfer. Im Netzwerk sind über 100 Behandlungseinrichtungen vertreten. Die jährlich stattfindende Netzwerkkonferenz fand in diesem Jahr in Chisinau (Moldawien) zum Thema "Documentation of torture – providing evidence for justice" statt.

2. Sicherung der Gesundheitsversorgung für besonders vulnerable Flüchtlinge – begleitende Kampagne „beHandeln statt verwalten!“

Ein großer Schwerpunkt unserer Arbeit lag auch im Jahr 2012 auf Aktivitäten zur Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie. Ein zentrales Element in diesem Handlungsfeld bildete dabei weiterhin unsere Kampagne zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung besonders vulnerabler Flüchtlinge - „beHandeln statt verwalten!“. In Kooperation mit einem breiten Bündnis weiterer Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, bemühte sich die BAfF, dieses Anliegen in den öffentlichen Raum zu tragen. Auf diese Weise soll der nötige politische Druck aufgebaut werden, der erforderlich ist, um für Opfer von Folter oder anderen Menschenrechtsverletzungen die psychosoziale und medizinische Hilfe sicher zu stellen, die sie brauchen.

Ein wichtiger Schritt im Rahmen dieser Bemühungen war das **Fachgespräch „Gesundheitliche Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge“**, welches die BAfF im Januar in Berlin in Kooperation mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. organisiert und ausgerichtet hat. Die Veranstaltung richtete sich vor allem an Politiker und Politikerinnen aus dem Deutschen Bundestag und aus den Ländern sowie EntscheidungsträgerInnen der Ministerien und hatte die Initiierung bzw. Intensivierung des Dialoges um gemeinsame Lösungsansätze mit diesen zum Ziel. Dazu haben wir ExpertInnen eingeladen, die die Thematik der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen aus rechtlicher Perspektive und aus der Praxis beleuchteten und vorhandene Versorgungsstrukturen wie auch Versorgungsdefizite aufzeigten. Anschließend wurden Modelle

vorgestellt, anhand derer sich die Situation aus Sicht der ExpertInnen verbessern ließe. An dem Fachgespräch nahmen insgesamt ca. 30 Personen teil, darunter Vertreter der Bundespsychotherapeutenkammer, VertreterInnen der Wohlfahrtsverbände, MitarbeiterInnen aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit, Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie die Ausländerbeauftragte Thüringens. Es wurde in der Folge eine ausführliche **Dokumentation der Tagungsbeiträge** erstellt, die an politische Entscheidungsträger verschickt wurde. Die Diskussionen und Erfahrungen des Fachgespräches dienten überdies einer weiteren Klärung und Konkretisierung der anschließenden Aktivitäten im Bereich der politischen Lobbyarbeit.

Unsere Erhebung bei den Mitgliedszentren zur Leistungsabdeckung aus dem Jahr 2010 beschrieb insbesondere den Bereich der Übernahme von Dolmetscherkosten sowie der Finanzierung von Psychotherapie durch die gesetzlichen Krankenkassen und Sozialämter als die dringendsten Problembereiche: Aktuell tragen die Kosten für Psychotherapie nahezu ausschließlich die instabil finanzierten Behandlungszentren (85%) - in den seltensten Fällen kommen hierfür das Sozialamt (6%), die Krankenkasse (4%) oder sonstige Leistungsträger (0,5%) auf. Analog stellt sich das Verhältnis für die Finanzierung der Dolmetscherkosten dar: sie werden zu über 80% von Einrichtungen selbst getragen.

Im Rahmen unserer Kampagne „beHandeln statt verwalten!“ haben wir diesbezüglich bereits konkrete Forderungen formuliert und an potentiell Verantwortliche herangetragen. Obgleich unsere Bemühungen dabei durchaus das Bewusstsein für die Problematik geschärft und erste Teilerfolge - wie etwa die Übernahme der Dolmetscherkosten im Bundesland Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt - bewirkt haben, erwiesen sich die geführten Verhandlungen aufgrund der Komplexität der geforderten Leistungen als wenig zielführend. Grund hierfür war, dass die einzelnen Behandlungskomponenten jeweils unterschiedliche Leistungsbereiche des Gesundheits- und Sozialsystems berühren. Entsprechend wurde die Verantwortlichkeit von Leistungsträger zu Leistungsträger, von der Bundes- auf die Länderebene und wieder zurück verschoben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sah die Zuständigkeit beim Innen- oder Gesundheitsministerium, letzteres sah sich allein für Mitglieder der GKV zuständig und verwies uns an das BMI bzw. zurück ans Bundesamt für Arbeit und Soziales. Das Innenministerium verweigerte den Dialog und delegierte die Verantwortlichkeit auf die Länderebene. Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hält die Versorgung für sichergestellt, da es bereits 4 Behandlungszentren unterstütze. Für die Unterversorgung besonders schutzbedürftiger Personen sieht sich in Deutschland also keiner der zuständigen Entscheidungsträger in der Verantwortung.

Wir stuften daher die Durchsetzung eines integrierten Konzeptes zur Finanzierung der komplexen Bestandteile einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung als zum aktuellen Zeitpunkt noch verfrühtes Ziel ein und konzentrierten uns für die nahe Zukunft auf eine **intensivere, spezifizierte Lobbyarbeit**, die sich an Forderungen zur Realisierung konkreter Teilschritte orientiert.

Als erste Schritte zur Verbesserung der Hilfen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge fordern wir daher:

- 1. Die Sicherstellung der Übernahme von Kosten für eine qualifizierte Psychotherapie unabhängig vom Aufenthaltsstatus, d. h. gleicher Anspruch auf Psychotherapie auch für EmpfängerInnen von Leistungen nach dem AsylbLG.**
- 2. Die Erstattung der Psychotherapien, die durch TherapeutInnen der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer durchgeführt werden, sowohl i. R. des AsylbLG als auch für Mitglieder in Gesetzlichen Krankenkassen und vergleichbar zu behandelnden EmpfängerInnen von Leistungen nach SGB XII.**
- 3. Die Sicherstellung der Erstattung von Dolmetscherkosten für Psychotherapien im Rahmen des AsylbLG sowie auch für Flüchtlinge, die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen sind oder Leistungen nach SGB XII erhalten.**

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

In einem zweiten Schritt müsste die Finanzierung der psychosozialen Hilfen geregelt werden, die – wie die Praxis aller Psychosozialen Zentren zeigt – notwendiger Bestandteil einer angemessenen gesundheitlichen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge ist.

Zu den konkreten Teilforderungen des ersten Schrittes hat die BAfF Positions- und Hintergrundpapiere sowie mögliche Finanzierungsmodelle für diese Leistungen entwickelt, mit denen sie an die politischen EntscheidungsträgerInnen herangetreten ist.

In diesem Zusammenhang konnte die BAfF ein **nicht-öffentliches Arbeitstreffen mit Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit** erreichen. Bei diesem Gespräch informierten wir über das angebotene und erbrachte Leistungsspektrum der Behandlungszentren, die Versorgungsdefizite und Finanzierungsprobleme der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in der BRD. Es konnte dabei deutlich gemacht werden, dass eine Versorgungslücke besteht, die geschlossen werden muss. Dabei sind wir mit einem Schnittstellenproblem konfrontiert, welches es zu lösen gilt. Hinzu kommt, dass die Psychosozialen Zentren Aufgaben der Gesundheitsversorgung übernehmen, ohne dafür eine Gegenfinanzierung zu erhalten. Ergebnis des Gespräches war der Antrag auf eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Gesundheit, den wir nun weiter verfolgen.

Des Weiteren konnte die BAfF Kontakt zu dem **Patientenbeauftragten der Bundesregierung**, Wolfgang Zöller ebenso mit der Patientenbeauftragten für Berlin, Karin Stötzner aufbauen und diese über die Defizite im Bereich der gesundheitlichen Versorgung für Flüchtlinge informieren. Ein gemeinsamer Gesprächstermin mit dem Patientenbeauftragten Zöller wird unmittelbar vor der BAfF-Tagung stattfinden, mit der Zielsetzung diesen für eine Befassung mit den vorhandenen Problembereichen zu motivieren und der Bitte um Unterstützung bei der weiteren politischen Lobbyarbeit.

Die diesjährige **BAfF-Tagung** und dabei insbesondere der Runde Tisch gemeinsam mit Ärzte- und Therapeutenkammer sowie evtl. politischen Leistungs- und EntscheidungsträgerInnen aus dem Bereich der gesundheitlichen Versorgung ist ein weiteres wichtiges Forum, um in den Dialog um mögliche Lösungen betreffend den Abbau struktureller Barrieren zu treten. Damit soll die BAfF-Tagung schließlich ein weiterer Schritt in der Entwicklung von Strategien sein, mit denen sowohl die Fachöffentlichkeit als auch Politik zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die in Deutschland Schutz suchenden Flüchtlinge und Opfer von Menschenrechtsverletzungen aufgefordert und zur Realisierung angemessener Lebensbedingungen und solidarisch finanzierter, statusunabhängiger Gesundheitsdienste verpflichtet werden können.

Durch **Newsletter, Emails sowie Berichte auf der Homepage der BAfF** informierten wir außerdem fortlaufend ein breites Netzwerk an AkteurInnen der psychosozialen und der Menschenrechtsarbeit, der Gesundheits- und Sozialpolitik über aktuelle Entwicklungen und Kampagnenaktivitäten. Auch die Behandlungszentren wurden per Email, im telefonischen sowie persönlichen Gespräch kontinuierlich darum gebeten, Kontakte zu politischen EntscheidungsträgerInnen für eine Zusammenarbeit zu motivieren, ihre Verteiler für Kampagnen-Mailings zur Verfügung zu stellen, aussagefähige Einzelfälle, die repräsentativ genutzt werden können, zu sammeln und Ideen für politische Aktionen zu entwickeln. Darüber hinaus begann die BAfF auch, via **social media**, insbesondere über das Facebook-Profil der BAfF, UnterstützerInnen über den Fortgang der Kampagne zu informieren sowie verstärkt um weitere UnterstützerInnen zu werben.

3. Strukturverbesserungen der gesundheitlichen Versorgung in den neuen Bundesländern

Vor dem Hintergrund der besonderen historischen wie aktuellen Bedingungen, die die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen in den neuen Bundesländern beeinflussen, haben wir gemeinsam mit unseren Mitgliedszentren Refugio Thüringen e.V. in Jena, Cactus e.V. in Leipzig und dem PSZ Halle/ Magdeburg ein Pilotprojekt entwickelt, das sich für Strukturverbesserungen in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen einsetzt. Die Strukturen gesundheitlicher und psychosozialer Versorgung für Flüchtlinge und Überlebende von Folter weisen in den neuen Bundesländern im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet noch eklatantere Defizite auf: Insbesondere außerhalb der Großstädte findet sich eine signifikant geringere Dichte an niedergelassenen PsychotherapeutInnen. Über einen

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

längeren Zeitraum gewachsenen Strukturen der Betreuung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge existieren nicht. Darüber hinaus behindern ein eingeschränktes Bewusstsein für die besonderen Bedarfe traumatisierter Flüchtlinge, struktureller Rassismus und spezifische Einstellungsmuster - in Teilen der Bevölkerung u.a. auch von Überfremdungsängsten und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägt - die Zugangsmöglichkeiten zu gesundheitlichen Versorgungsstrukturen zusätzlich. Diese spezifischen Facetten im Blick haben wir im Juni diesen Jahres mit Aktivitäten begonnen, die auf 3 Säulen fußend darauf abzielen sollen, die besondere Versorgungslücke zu erfassen und adäquate, strukturverbessernde Maßnahmen zu implementieren. Damit ist das Projekt das erste seiner Art, das die Umsetzung der EU-Richtlinien (2003/9/EC, 2004/83/EC, COM(2010)213, etc.) auf ostdeutschem Gebiet zum Anliegen hat.

In einem ersten Schritt arbeiteten wir hier an der Präzision der empirischen Befunde zum Behandlungsbedarf in den jeweiligen Regionen. Nach einem intensivem Austausch und einer gemeinsamen Analyse der jeweils spezifischen Versorgungssituation im Rahmen unseres ersten Kick-off-Meetings haben wir hierfür Kurzfragebögen entwickelt, um belastbares Datenmaterial zu Leistungsangeboten und Versorgungskapazitäten erheben zu können. Die Fragebögen werden derzeit in unseren Partnerzentren erprobt und evaluiert. Mit dem Ziel, die Versorgungslücken in den einzelnen Regionen langfristig u.a. auch durch die Einbindung niedergelassener PsychotherapeutInnen schließen zu können, entwickeln wir derzeit außerdem ein Curriculum für Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zu Spezifika der Behandlung psychisch reaktiver Traumafolgen bei Flüchtlingen und Folteropfern. Auch Planung und Organisation der Veranstaltungen sowie Kooperationsgespräche u.a. mit der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer laufen bereits. Es folgt der Aufbau von Kooperationen mit den jeweiligen Landesärztekammern im weiteren Projektverlauf. Auf Grundlage der Datenbasis zur Versorgung in den Regionen und in Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen aus den einzelnen Regionen werden wir darüber hinaus gezielt Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit leisten, um MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialsystems sowie Leistungs- und EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung über strukturelle Defizite zu informieren und für konkrete Schritte in Richtung einer strukturellen Verankerung einer bedarfsorientierten und kultursensitiven Versorgung zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wurde bereits ein Artikel zu Hintergründen und Inhalten des Projektes verfasst, der in Kürze im *Psychotherapeutenjournal der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer* erscheinen wird. Darüber hinaus planen wir in jedem der drei Bundesländer die Installation von "Runden Tischen", bei denen wir mit Verantwortlichen aus Politik, Gesundheitswesen und Ausländerbehörden in den Dialog treten wollen.

Mit dem Ziel, ausgrenzenden Einstellungen und rassistischen Tendenzen in der Region entgegenzuwirken, wird Aufklärungsarbeit auch in weiten Teilen der regionalen Bevölkerung geleistet. Geplant sind hier über Radio- und Zeitschrifteninterviews hinaus auch öffentliche Veranstaltungen in den Behandlungszentren, die mit künstlerischen und biographischen Inputs die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen im öffentlichen Raum thematisieren und damit langfristig Bewusstseinsbildungsprozesse anstoßen sollen. Dies eröffnet die Möglichkeit der gesellschaftlichen Ausgrenzung dieser besonders schutzbedürftigen Personengruppe entgegenzuwirken. So haben wir z.B. für Anfang November gemeinsam mit unserem Partnerzentrum Refugio Thüringen eine Veranstaltung mit *Alassane Dicko*, einem Mitarbeiter der *association malienne des expulsés* (AME, Bamako) organisiert. Die AME ist eine der wenigen Basis-Organisationen in Westafrika, die abgeschobene Flüchtlinge praktisch unterstützt, medizinische Hilfe, Notunterkünfte sowie juristische Unterstützung bereitstellt und Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit leistet. Gemeinsam mit einem breiten Publikum möchten wir auf der Veranstaltung die Themen Flucht und Asyl nicht allein aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft, sondern über die Thematisierung der Herausforderungen, die mit psychosozialer Versorgung rückgeführter Flüchtlinge einhergehen, auch innerhalb eines vielschichtigeren, globalen Kontexts beleuchten.

4. Optimierung der Datenlage zur Versorgungssituation: Qualifizierte Leistungsabfrage

Als Dachverband der deutschen Behandlungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer erhalten wir von Seiten der Fachverbände, verschiedener Nichtregierungsorganisationen und auch der Politik regelmäßig Anfragen die

Datenlage zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen betreffend. Um wirksam Lobbyarbeit in Richtung einer Integration der Behandlung dieser Personengruppe in das öffentliche Gesundheitssystem leisten zu können, haben wir daher mit der Entwicklung und Erprobung quantitativer und qualitativer Instrumente zur bundesweiten Erfassung der Versorgungssituation als auch der detaillierten Aufschlüsselung, Erklärung und Bewertung der erbrachten Leistungen begonnen.

An erster Stelle stand dabei die Entwicklung eines Fragebogens zur bundesweiten Erhebung und Analyse des komplexen Leistungsspektrums sozialer Betreuung, Behandlung und Rehabilitation, die insbesondere das Verhältnis der Leistungsangebote zur Anzahl der Hilfe suchenden Personen in den Blick nahm. Außerdem wurden die Anzahl der beschäftigten MitarbeiterInnen gemessen am Umfang betreuter KlientInnen sowie die Finanzierung der einzelnen Behandlungskomponenten erfasst. Die Auswertung und Aufbereitung der erhobenen Daten wird bis zum Jahresende abgeschlossen sein und steht damit sowohl für die lokale Lobbyarbeit durch die Mitgliedszentren selbst, als auch der BAfF für Gespräche mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Verwaltung und Gesundheitswesen zur Verfügung.

Darüber hinaus wird bis zu diesem Zeitpunkt auch ein Interviewleitfaden erstellt, um im Sinne eines praxisorientierten Forschungsansatzes im Dialog mit ausgewählten Zentren auch qualitative Daten evaluieren und damit in den gesellschaftlichen, gesundheits- und sozialpolitischen, praktischen und ethischen Kontext des Handlungsfeldes einbetten zu können. Die Analyse qualitativer Daten soll schließlich – angelehnt an eine Vorgehensweise, wie wir sie bereits im Projekt „EXSEM – Qualitätssicherung durch geleitete Selbstevaluation“ sowie in zwei europäischen Projekten erprobt haben - mit Rücksicht auf die Beziehungen zwischen individueller Behandlung, institutionellen Faktoren und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür genutzt werden, gute Behandlungspraxis beispielhaft zu beschreiben. Schlüsselereignisse und Herausforderungen sollen eruiert werden, um schließlich basierend auf wissenschaftlicher ebenso wie auf praktischer Evidenz Richtlinien generieren und in den (fach-) politischen Diskurs einbringen zu können.

5. Dialog mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes „Training und Coaching für Entscheidungsträger im Asylprozess“

Sowohl der Dialog mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als auch unsere Erfahrungen aus der klinischen Praxis zeigen noch immer sehr deutlich, wie bedeutsam eine Verbesserung des Umgangs von AsylentscheiderInnen mit schutzbedürftigen Flüchtlingen für das Befinden von Flüchtlingen, aber auch für die Qualität von Anhörungen und Entscheidungen im Asylverfahren ist. Vor diesem Hintergrund hat die BAfF in Kooperation mit dem BAMF, der Deutschen Gesellschaft für Supervision (DGSv) sowie fünf Mitgliedszentren der BAfF ein Projekt konzipiert und durchgeführt, welches auf diesen Bedarf abzielt. Vorrangiges Projektziel ist sicherzustellen, dass die mit Asylentscheidungen befassten MitarbeiterInnen der besonderen Verantwortung und den persönlichen Belastungen, die sich im täglichen Umgang mit Schutzsuchenden und ihren Fluchtschicksalen ergeben, fortlaufend im erforderlichen Maße gerecht werden. Als ein Beitrag zu umfassenden Strukturverbesserungen in Asylpolitik, Asylverwaltung und Asylsprechung sollen die Trainings und Coachings dabei Räume schaffen, in denen mit Asylentscheidungen befasste Beamte ihre verantwortungsvolle Tätigkeit reflektieren können. Ebenfalls soll dabei die nötige Sensibilität, das entsprechende Fachwissen bezogen auf die besonderen Schicksale, sowie mögliche krisenhafte Zustände von Flüchtlinge, aber auch konkrete Handlungsstrategien für den Umgang mit diesen entwickelt werden können. Entsprechend wurde speziell für diesen Kontext ein **Curriculum für die Trainings und Coachings** entwickelt. Die beiden thematischen Schwerpunkte waren „Krisen und Krisenmanagement in der Arbeit mit Flüchtlingen“ sowie „Selbst- und Prozessmanagement: Ich in meiner Rolle als AnhörerIn“.

Es wurden insgesamt **fünf Trainings und Coachings an vier Standorten in Deutschland** durch jeweils zwei MitarbeiterInnen aus den Mitgliedszentren der BAfF (Refugio München, Behandlungszentrum für Folteropfer, XENION, Psychosoziales Zentrum Düsseldorf und dem Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil) durchgeführt.

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

Insgesamt nahmen 43 EntscheiderInnen an den Trainings und Coachings teil. Es kam im Projektverlauf zu einem deutlichen Anstieg seitens der Entscheider zur Teilnahme an den Trainings. Bei der letzten Veranstaltung gab es dabei mehr Interessenten als Plätze. Die Trainings und Coachings wurden am Ende von allen TeilnehmerInnen per Fragebogen, anonym bewertet. Die Evaluationsergebnisse verwiesen insgesamt auf eine sehr hohe Zufriedenheit der TeilnehmerInnen. Als besonders hilfreich wurden dabei die Auseinandersetzung mit Krisen- und Stresssituationen bzw. der Umgang mit diesen, sowie der Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und die Möglichkeiten zur Selbstreflexion bewertet. Die Zielerwartungen entsprachen dabei fast deckungsgleich den am Ende der Veranstaltung vorgenommenen Bewertungen. Etwa 90% der TeilnehmerInnen würden die Veranstaltung weiterempfehlen bzw. wünschen sich eine Fortführung der Maßnahme.

Vor dem Hintergrund, dass für den einzelnen EntscheiderIn unterstützende Maßnahmen erforderlich sind, welche kontinuierlich die eigene Arbeit und den Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen reflektieren, wurde zudem in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Supervision ein **Konzept für ein externes, unabhängiges Supervisionsangebot für die EntscheiderInnen Asyl** entwickelt, wie auch Kriterien fachlicher Anforderungen von SupervisorInnen in diesem Arbeitsbereich.

Insgesamt wurden die Maßnahmen zur Unterstützung der EntscheiderInnen Asyl bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit als so erfolgreich bewertet, dass eine Fortführung der Maßnahmen für unbedingt sinnvoll gehalten wurde. Im Rahmen eines anschließenden Folgeprojekts wurden die Trainings und Coachings in Kooperation mit Refugio München, dem Behandlungszentrum für Folteropfer, XENION, dem Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil und dem Therapiezentrum für Folteropfer fortgeführt. Gleichzeitig wurde mit der Umsetzung des Konzeptes für Supervision begonnen. Die DGSv hat dafür in Zusammenarbeit mit der BAfF und in Absprache mit dem BAMF eine **Stellenausschreibung mit genauem Anforderungsprofil** erstellt. Die offizielle Ausschreibung erfolgte durch die AS Agentur für Supervision GmbH, eine 100%ige Tochter der DGSv. Im Anschluss wurde ein Pool geeigneter BewerberInnen durch die DGSv zusammengestellt. Die Auswahl der insgesamt zwölf SupervisorInnen erfolgte in enger Abstimmung mit dem BAMF. Diese qualifizieren sich über Fachwissen zu den Themen „Trauma und interkulturelles Arbeiten“ sowie der Teilnahme an einer **Fortbildung**, welche die BAfF gemeinsam mit dem BAMF inhaltlich vorbereitet, organisiert und durchgeführt hat.

Die **Supervision** selber wird in Form einer Gruppensupervision durchgeführt. Diese versammelt die Mitarbeitenden unterschiedlicher Außenstellen. Neben der Selbstreflexion erfahren sie von den Kenntnissen, Arbeitsweisen und Fragen der anderen Einzelentscheider Asyl. Es werden insgesamt zwölf Supervisionsgruppen mit jeweils fünf TeilnehmerInnen (insgesamt 60 TeilnehmerInnen) an verschiedenen Orten Deutschlands aufgebaut, welche an ca. zehn Terminen innerhalb eines Jahres jeweils für einen halben Tag zusammenarbeiten. Um die Vertraulichkeit unter den TeilnehmerInnen und das offene Ansprechen von Problemfeldern und Belastungsfaktoren zu gewährleisten, wird auch hier die Gruppenzusammensetzung so gestaltet, dass Mitarbeiter unterschiedlicher Außenstellen einer Hierarchieebene in einer Gruppe zusammengeführt werden. Auch das Supervisionsangebot stieß auf großes Interesse bei den EntscheiderInnen Asyl. Es konnten bereits die ersten drei Supervisionsgruppen zusammengestellt werden, weitere werden in Kürze folgen.

Das gesamte Projekt wird durch eine **externes Evaluationsinstitut** evaluiert.

6. „EXSEM“: Begleitete Selbstevaluation der psychosozialen Arbeit der Zentren

Zielsetzung des Projektes EXSEM war die kritische Reflektion und die Weiterentwicklung der Arbeit der Flüchtlingszentren und in der Folge die Verbesserung der Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland durch gezielte Maßnahmen eines Qualitätsmanagements bzw. der Qualitätssicherung. Dies wurde umgesetzt durch Einführung, Nutzung und Bekanntmachung der speziell für die Bedürfnisse und Erfordernisse der bundesweiten Behandlungszentren für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge entwickelten Evaluationsmethode EXSEM. Mittels dieser Methode sollten Schlüsselkonflikte sowie Kriterien und Standards für eine „Good Practice“ im Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen identifiziert und beschrieben werden. Angestrebt wurden des Weiteren die

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

Harmonisierung der Arbeitsweise und die Intensivierung der Kooperation der deutschen Behandlungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer untereinander.

Zur Erreichung dieser Ziele wurde in allen Partnerzentren die Methode EXSEM zur Selbstevaluation und kritischen Bewertung der eigenen Arbeit eingeführt und angewandt.

Wie es die Methode berücksichtigt, unterschieden sich die Schwerpunkte der Selbstevaluationsthemen zwischen den Zentren. Themen waren unter anderem:

- Öffentlichkeits-/Lobbyarbeit;
- Schnittstelle Sozialarbeit und psychotherapeutische Arbeit;
- Arbeit mit DolmetscherInnen;
- Zukunftsperspektiven/ Umstrukturierung im Zentrum;
- Umgang mit beschränkten Versorgungskapazitäten;
- Finanzierung der geleisteten (gesundheitlichen) Versorgungsangebote durch die Zentren.

Die gemeinsam erarbeiteten Problemstellungen und Ansätze zu deren Überwindung, wurden in den Partnertreffen ausgetauscht und diskutiert. Sie sind als Ausschnitt der täglichen Arbeit in den Zentren zu verstehen, nicht als vollständiges Abbild. Neben vielen Gemeinsamkeiten traten auch Unterschiede innerhalb und zwischen den Zentren klar zu Tage. Auch diese wurden herausgearbeitet und ausgetauscht. Trotz ihrer unterschiedlichen Kontexte und Vorgehensweisen gelang den Zentren einen effizienten Austausch bezüglich der Arbeitsweisen, Schwerpunkte und ihres Fachwissens zu gestalten, der eine verbesserte Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge unterstützt.

Mittels der abschließenden Publikation werden die Selbstevaluationsmethode, sowie die Erfahrungen und Ergebnisse des Projektes einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Das Buch wird unter dem Titel **„Zwischen Anspruch und Realität - Evaluation der Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen“** im Herbst 2012 im Loeper Verlag erscheinen und ist über die BAfF zu erhalten.

7. Filmprojekt „Unsichtbare Grenzen – In Szene gesetzt“

Zur Jahresmitte hat die BAfF ein Projekt ins Leben gerufen, das Flüchtlingen, die in Berlin Schutz suchen und die auch hier bei der Gestaltung eines gesunden, menschenwürdigen Lebens auf zahlreiche sprachlich-kulturelle, soziale und institutionelle Barrieren stoßen, die Möglichkeit gibt, mit jungen Filmschaffenden in Beziehung zu treten, um gemeinsam mit ihnen Ideen für ein Filmprojekt zu entwickeln. Über die Begleitung und Vernetzung der beiden Zielgruppen möchten wir einen Raum eröffnen, der Einblicke in die Lebenswirklichkeit des Anderen gewährt und in dem jeder seine Ideen für die Konzeption des Projektes gleichberechtigt einbringen kann. Die Flüchtlinge selbst setzen dabei mit ihren Lebensrealitäten und Hintergründen die Schwerpunkte für die konzeptionelle Auseinandersetzung. Auf Grundlage der gemeinsamen Erfahrungen, Ideen und erster szenischer Experimente soll schließlich im Verlauf des Projektes gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern ein Konzept dafür entwickelt werden, wie die gesellschaftliche Ausgrenzung und die besonderen Lebensbedingungen von Flüchtlingen bebildert und medial im öffentlichen Raum thematisiert werden können.

Im Mittelpunkt der Projektaktivitäten stand bisher zunächst die Zusammenstellung des Projektteams, die Recherche, sowie erste Absprachen mit externen KooperationspartnerInnen aus der Filmbranche, die Entwicklung eines Rahmenkonzeptes, in das der kreative Prozess eingebettet werden soll und die Erstellung von Roadmaps für die einzelnen Projektphasen. In diesem Zusammenhang wurden auf mehreren Konzeptgruppentreffen Ideen zu Inhalt und Gestaltung der Konzeptentwicklung, zur Akquise von Teilnehmenden des Projektes und externen KooperationspartnerInnen entwickelt. Außerdem wurden Elemente für durchzuführende Workshops und die Rahmenbedingungen der filmischen Umsetzung diskutiert. Es wurde ein Logo designt und ein Flyer entworfen, mit

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

dem derzeit sowohl interessierte Flüchtlinge als auch junge Filmschaffende für die gemeinsame Arbeit angesprochen werden. Die Informations- und Beratungsgespräche mit potentiellen ProjektteilnehmerInnen werden bis Ende des Jahres abgeschlossen sein, so dass zu diesem Zeitpunkt, orientiert an den Bedürfnissen des so konstituierten Filmteams, die Planung und Organisation des ersten gemeinsamen Workshops beginnen kann.

8. Bundesfachtagung der BAfF 2012

Die diesjährige Fachtagung der BAfF wird vom 28. bis 30. Oktober 2012 in Kooperation mit XENION e.V. – Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte in der Emmaus-Ölberg Gemeinde in Berlin stattfinden. Die Tagung trägt den Titel „**Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge - Universelles Menschenrecht oder Privileg?**“.

Obgleich „Gesundheitliche Chancengleichheit“ im Rahmenkonzept der WHO für die Europäische Region an erster Stelle angeführt wird, treffen Flüchtlinge auch in der BRD bis heute auf Rahmenbedingungen, die ihnen den Erhalt und die Rehabilitation physischer und psychischer Gesundheit im Sinne eines unveräußerlichen Menschenrechts erheblich erschweren. Wir möchten dieses Problemfeld auf unserer diesjährigen Fachtagung vor dem Hintergrund des Konzepts der Inklusion in den Blick nehmen.

Auf Grundlage einer Analyse, sowohl der europäischen Politik als auch der Bereiche struktureller gesundheitlicher Exklusion auf nationaler Ebene, werden wir Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft erörtern und Best Practice Modelle im Bereich der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern diskutieren. Im Kontext komplexer kultureller und asylrechtlicher Problemlagen sollen dabei auch Möglichkeiten und Grenzen aktueller Betrachtungs- und Therapiemethoden aufgeschlüsselt und der Frage nachgegangen werden, wie Inklusion und Partizipation innerhalb der gesundheitlichen Versorgung empirisch erfasst werden können.

9. Europäische Zusammenarbeit und Projekte

Da die juristischen Bedingungen, unter denen für eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von AsylbewerberInnen eingetreten werden kann, inzwischen weitgehend an die Asyl- und Aufnahmeleitlinien sowie den Verfahrensstandards der Europäischen Union angelehnt sind, bemüht sich die BAfF, die Expertise der europäischen Zentren durch kontinuierlichem Austausch und transnationale Vernetzung zu verbreiten. Auch im Jahr 2012 hielten wir daher weiterhin den Vorsitz des „*European Network of Rehabilitation Centres for Survivors of Torture*“ und engagierten uns in engem Kontakt mit verschiedenen europäischen KooperationspartnerInnen für die Intensivierung der Zusammenarbeit. Über europäische Projektpartnertreffen, internationale Tagungen, regen Telefon- und E-Mailkontakt, sowie die von der BAfF betreute Homepage european-network.org tauschten wir uns über die verschiedenen Erfahrungen mit dem Aufbau von Behandlungszentren, den Bedingungen der täglichen Arbeit, Entwicklung und Transfer von Behandlungsstandards und insbesondere auch den Umgang mit der prekären Versorgungssituation aus.

Unser jährliches „*European Network Meeting*“ fand vom 22. bis zum 25. Mai 2012 in *Chisinau, Moldawien* statt und stand im Lichte des Themas „*Documentation of Torture - Providing Evidence towards Justice*“. Mit fast 150 TeilnehmerInnen, darunter neben NGOs und internationalen ExpertInnen auch VertreterInnen der moldawischen Regierung, war die Konferenz sehr gut besucht. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Diskussion von Strategien, mit denen die medizinische und psychologische Diagnostik und Dokumentation der Folgen schwerer Menschenrechtsverletzungen in (aufenthalts-) rechtlichen Verfahren genutzt werden können. Als Resultat wurde ein Positionspapier verfasst, das im Kongressbericht zur Tagung unter www.baff-zentren.org/index.php/component/docman/doc_download/101-kongressbericht-moldawien.html gelesen werden kann.

Außerdem arbeitete die BAfF in Kooperation mit fünf europäischen Zentren im Rahmen eines *ERF-geförderten Projektes* an der Entwicklung von Kriterien zur Förderung und Verbreitung guter Praxis in der Behandlung und

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

Betreuung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge. Ein Teilziel des Projektes bestand darin, ein *Inventar von Behandlungsmethoden und Methoden für bedarfsgerechte Staff-Care* zu entwickeln. Dafür veranstaltete jedes Zentrum einen Teamtag zur Auswertung ihrer jeweiligen Arbeitsmethoden, und einen zweiten Teamtag zur Auswertung ihrer Methoden der Staff Care. Zusätzlich zu den Teamtagen nahmen die Zentren an einem Studientag teil, um das o.g. Inventar von Arbeits- und Staff Care Methoden zusammenzustellen und Ansätze von Guter Praxis zusammenzuführen. Das Erstellen des Inventars orientiert sich an einem Forschungsansatz und wurde von der BAfF zusammen mit einer unabhängigen Wissenschaftlerin in den Niederlanden koordiniert. Im Anschluss an die Teamtage hat jedes der beteiligten Zentren Kontakt zu einem weiteren Zentrum in einem anderen europäischen Land aufgebaut, so dass letztlich zwölf Zentren aus verschiedenen europäischen Ländern die Grundlage des europäischen Vergleichs bildeten. In der Abschlussphase des Projekts wurden die Ergebnisse der Arbeit auf einem *Symposium* vorgestellt und die Publikation „*Beyond statistics. Sharing, learning and developing good practice in the care of victims of torture*“ im Von Loeper Verlag veröffentlicht.

Alle Ergebnisse des theoretischen und praktischen Erfahrungsaustausches im Rahmen der europäischen Vernetzungsarbeit lässt die BAfF regelmäßig in die bundesweiten ExpertInnen- und Konzeptgruppentreffen einfließen und gewährleistet damit eine fundierte Auseinandersetzung mit Finanzierungsmodellen der gesundheitlichen Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge sowie auch der Lobbyarbeit beispielsweise im Zuge der Kampagne „beHandeln statt verwalten!“.

10. Sicherung der BAfF als Dachverband

Die BAfF-Koordinationsstelle finanziert sich neben den Mitgliedsbeiträgen der Zentren und Einzelförderern, privaten Spenden und ehrenamtlichem Engagement durch unterschiedliche Fördergelder:

Wichtigste Förderer der BAfF sind aktuell der Europäische Flüchtlingsfonds (EFF), der die BAfF im Zusammenhang mit zwei Projekten finanziell unterstützt, sowie die EU-Kommission (Pilot Project on Victims of Torture). Weitere wichtige Förderer, insbesondere auch zur Ko-Finanzierung dieser EU-geförderten Projekte, sind die UNO-Flüchtlingshilfe, amnesty international, die Wohlfahrtsverbände Caritas, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Pro Asyl.

11. Internetpräsenzen der BAfF

Neben der bekannten Homepage der BAfF unter baff-zentren.org gibt es drei weitere von der BAfF aufgebaute Webauftritte:

Homepage „beHandeln statt verwalten“ www.behandeln-statt-verwalten.de

Auf der Homepage zur Kampagne finden sich Forderungen der Kampagne, Hintergrundinformationen zur (gesundheitlichen) Versorgung und Lebensbedingungen von Flüchtlingen, bisherige Aktivitäten im Rahmen der Kampagne sowie Möglichkeiten der Unterstützung durch Unterschrift, Spende oder konkrete Mitarbeit.

Homepage „Zeitzeugenprojekt“ www.zeitzeugen.baff-zentren.org

Die Zeitzeugen-Homepage dient der Aufklärungs- und Lobbyarbeit, zur Sensibilisierung für die Folgeschäden von Folter und schweren Menschenrechtsverletzungen und der nötigen Unterstützung Betroffener. Auf der Homepage finden sich Interviews von ZeitzeugInnen, die sehr persönlich und anschaulich über ihre Erfahrungen im Heimatland, ihre Fluchtgründe, die Flucht, sowie das Leben im Exil berichten. Außerdem sind auf der Homepage Texte und Gedichte zu lesen, die Flüchtlinge im Rahmen einer Schreibwerkstatt erstellt haben.

BAfF – Forum www.baff-forum.org

Das BAfF - Forum enthält einen offenen sowie einen internen Bereich für die Mitgliedszentren. Es sind 114 MitarbeiterInnen der BAfF-Mitgliedseinrichtungen und KooperationspartnerInnen registriert, daneben wird die Seite

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

auch von nicht-registrierten Personen genutzt. Das Forum ist ein wichtiges Kommunikationsmedium für den Austausch von Informationen, Hinweisen, Nachfragen bzw. zur Recherche von Mitteilungen über Tagungen, Kampagnen, Presse, rechtlichen Neuerungen, Gerichtsurteilen, etc. Vielen Dank an Annette Windgasse für die kompetente Betreuung und Verwaltung des Forums.

Europäische Vernetzung www.european-network.org

Die von der BAfF entwickelte Homepage für das Europäische Netzwerk unterstützt den Informationsaustausch, die Vernetzung und die Zusammenarbeit der europäischen Behandlungszentren. Es wird u.a. über die Projekte der BAfF im Rahmen des European Refugee Fund informiert, die Aktivitäten der Arbeitsgruppen Fundraising, Research und Clinical Discussion sowie die jährlich stattfindende Netzwerkkonferenz und Publikationen.

12. Publikationen

Jenny Baron, Thomas Cordes & Silvia Schriefers (2012): „beHandeln statt verwalten!- Ein Pilotprojekt zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Opfern von Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen“ (wird im *Psychotherapeutenjournal der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer veröffentlicht*).

Elise Bittenbinder (2012): „Beyond statistics- sharing, learning und developing good practice in the care of victims of torture“. Von Loeper, Karlsruhe.

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF) & Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V (2012): „beHandeln - Gesundheitliche Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge“. Download unter: http://baff-zentren.org/index.php/component/docman/doc_download/106-tagungsband-qbehandeln-statt-verwaltenq.html

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (2012): „Zwischen Anspruch und Realität - Evaluation der Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen“. Von Loeper, Karlsruhe.

13. Arbeitstreffen und Termine

Nationaler Erfahrungsaustausch, Vernetzung, fortlaufende Kooperation, Arbeitstreffen			
Strukturverbesserungen im Bereich der gesundheitlichen Versorgung in Ostdeutschland			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
	21.06.2012 in Berlin	Auftaktveranstaltung (Partnertreffen)	Konkrete Planung und Organisation des Projektes
September	06.09.2012	Telefonkonferenz	Besprechung des bisherigen Projektverlaufs und weitere Maßnahmen
Dialog mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): „Qualitätsentwicklung und Belastungsvorsorge vertiefte Qualifizierung und Supervision für EntscheiderInnen im Asylprozess“			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	09.01.2012 in Berlin	Konzeptgruppentreffen zur Reflexion der Trainings- und Coachingmaßnahmen und Vorbereitung d. Abschlusscolloquiums	
Februar	09.02. in Nürnberg	Abschlusscolloquium zu dem Pilotprojekt "Training und Coaching von Entscheidern Asyl"	Vorträge zum Projektverlauf, Evaluation, Schlussfolgerungen und Folgeprojekt
April	26.04.2012 in Berlin	Konzeptgruppentreffen	Planung des Projektes
Juni	20.06.2012 in	Schulung von SupervisorInnen durch BAMF	Fortbildung und Diskussion

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

	Berlin	und BAfF in der Außenstelle Berlin	
Oktober	25.&26. Juni in München	Training und Coaching von EntscheiderInnen Asyl	"Qualitätsentwicklung und Belastungsvorsorge"
August	08.08.2012 in Berlin	Lenkungsausschusstreffen	Weitere Planung von Training & Coaching, Supervision sowie der externen Evaluation und Kooperation
September	19.09.2012 in Nürnberg	Teilnahme an der Entscheidertagung und Vorstellung des Projektes "Qualitätssicherung durch Belastungsvorsorge!"	Vorstellung der Projektmaßnahmen und der Evaluation
Oktober	11.10.2012	Regionaltagung EFF	Regionaltreffen der Träger aus dem Integrations-, Flüchtlings- oder Rückkehrfonds
Thüringer Erklärung/Kampagne			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Februar	21.02.2012	Arbeitsstreffen mit Harald Löhlein (Paritätischer Wohlfahrtsverband)	Konkretisierung der Forderungen der Kampagne und weitere Schritte der politischen Lobbyarbeit
Februar	08.02.2012 in Berlin	Arbeitsstreffen zu Behandlungsmöglichkeiten syrischer Folteropfer in Deutschland mit Dr. Tilmann Holzer (Bündnis 90/Die Grünen)	
Februar	09.02.2012 in Nürnberg	Treffen mit Vertretern verschiedener Abteilungen des Bundesamtes (BAMF)	Kooperation zur Qualitätsverbesserung und Belastungsvorsorge von EntscheiderInnen Asyl
März	07.03.2012 in Berlin	Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages	Empfang für Nichtregierungsorganisationen
März	15.03.2012	Treffen mit Forscher (Masterarbeit) zu dem Thema "Defizite in der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen", Kooperationsprojekt mit Charité	
April	11.4.2012 in Berlin	Interview mit D. Braum, Schriftsteller	Situation von Überlebenden aus Kaukasus
April		Veröffentlichung: "Beyond statistics - sharing, learning and developing good practice in the care of victims of torture"	
Mai	30.05.2012 in Berlin	Gesprächstermin mit dem Referenten für Inneres der SPD (Dr. Tillmann Lohr)	Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und mögliche Bündnispartner
Juni	28.06.2012 in Berlin	Nicht-öffentliches Arbeitsstreffen im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages	Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen
Juni	18. & 19.06.2012 in Berlin	Symposium zum Flüchtlingsschutz	Dublin II Regulation
Juli	18.07.2012 in Berlin	Experteninterview mit Elise Bittenbinder zum Bundesverfassungsurteil im rbb Fernsehen	
Oktober	24.10.2012 in Berlin	Gesprächstermin mit dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung (Wolfgang Zöller)	Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen
Filmprojekt "(Un)sichtbare Grenzen - In Szene Gesetzt!"			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
August	7.8.2012 in Berlin	Arbeitsstreffen mit Koordinatorin Miriam Funk	
	13.8.2012 in Berlin	Arbeitsstreffen mit Koordinatorin Marie Kölling	
	22.8.2012 in Berlin	Kick-off-meeting des gesamten Filmteams	Erstellung einer Roadmap für die einzelnen Projektphasen

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

	27.8.2012 in Berlin	1. Konzeptgruppenreffen	Entwicklung eines Rahmenkonzeptes, Sammlung von Ideen zu Inhalt und Gestaltung der Konzeptentwicklung, zur Akquise von Teilnehmenden des Projektes und externen KooperationspartnerInnen
September	20.9.2012 in Berlin	2. Konzeptgruppenreffen	Diskussion der Elemente für durchzuführende Workshops und der Rahmenbedingungen der filmischen Umsetzung
Oktober	2.10.2012 in Berlin	Arbeitsreffen mit Regisseur Damir Lukacevic	Vorstellung Konzept; Vorstellung bisherige Arbeiten des Regisseurs, Diskussion Rahmenbedingungen
	9.10.2012 in Berlin	3. Konzeptgruppentreffen	Entwurf Logo und Flyer

EXSEM

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	20.01.2012 in Berlin	EXSEM-Partnertreffen	Reflexion 1. Teamtag, Vorbereitung 2. Teamtag und Publikation
April	20.04.2012 in Berlin	EXSEM-Partnertreffen	Vorbereitung 2. Teamtag und Publikation
		Veröffentlichung	„Zwischen Anspruch und Realität - Evaluation der Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen“. Von Loeper, Karlsruhe.

BAfF-Tagung

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Oktober	28.-30.10.2012 in Berlin	BAfF-Tagung 2012	„Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge - Universelles Menschenrecht oder Privileg?“
Oktober	28.10.2012 in Berlin	16. Ordentliche Mitgliederversammlung der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.	

Medico international

Februar	10.02.2012 in Frankfurt	Fach austausch.	Trauma- und Gewaltforschung in Kriegs- und Krisengebieten. Menschenbild, Forschungsethik und die Folgen für die psychosoziale Arbeit in Gewaltkontexten.
März	30.03.2012 Berlin	Globales Gesundheitsforum	

Forum/Gesprächskreis Menschenrechte

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema

Internationaler Erfahrungsaustausch, Vernetzung, fortlaufende Kooperation, Arbeitstreffen

European Network of Rehabilitation Centres for Survivors of Torture

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Mai	23.05.2012 in Chisinau, Moldavien	Netzwerktreffen	Documentation of torture – providing evidence for Justice

<u>(Eigene) Aktivitäten/ Veranstaltungen/ Fortbildungen (Vorträge, Tagungen, Fort- und Weiterbildungen)</u>			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	18.01.2012 in Berlin	Organisierung und Durchführung des Fachgespräches zur gesundheitlichen Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in Kooperation mit der Diakonie und Beitrag als Referentin	Vortragsthema "Struktur und Defizite der Versorgung"
März	22/23.03.2012 in Berlin	Vortrag im Rahmen der Jahrestagung Asyl des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes	"Behandeln statt verwalten". Sicherstellung der therapeutischen Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge"
Juni	12.6.2012 in Berlin	Bundesweite Informationsveranstaltung vom BAMF und EFF	Europäischee Flüchtlingsfonds
Juni	16. - 17.6.2012 in Berlin	Fachtagung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Kooperation mit dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg	„Inklusion durch Partizipation"
September	27.09.2012 in Berlin	Teilnahme an der Tagung des Deutsches Instituts für Menschenrechte	Berliner Menschenrechtstag Selbstverständlich miteinander?! Deutschland auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft

14. Lobby- und Repräsentationsarbeit:

Mit Bundesministerien/Politikern/Ämtern

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bundesamt für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Ausschuss für Gesundheit der Bundesregierung
- Patientenbeauftragter der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner
- Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer
- Mitglieder des Deutschen Bundestages (CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke)
- Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- Patientenbeauftragte für Berlin, Karin Stötzner
- Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja

Mit der Fachöffentlichkeit

- Ärzte der Welt
- AG Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
- amnesty international Deutschland
- AWO

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2012

- Bundespsychotherapeutenkammer
- Bundesstelle zur Verhütung von Folter (Klaus Lange Lehngut)
- Caritas
- Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT)
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Diakonisches Werk Deutschland
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
- Dachverband der transkulturellen Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im deutschsprachigen Raum (DTPPP)
- Forum Menschenrechte
- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)
- Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration
- medico international
- Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Pro Asyl
- Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
- UNHCR

Für den Vorstand:

Elise Bittenbinder
(Vorsitzende der BAfF)